



Theo Mechtenberg

## **„Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und ihr Verhältnis zur Europäischen Union**

---

Am 26. Mai finden in Polen die Europawahlen statt. Kandidaten aus allen Parteien bewerben sich um die Polen zustehenden 52 Sitze. Für die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist diese Wahl aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung: Zum einen als Test, ob sie bei den Parlamentswahlen im kommenden Herbst wieder mit einer absoluten Mehrheit rechnen kann, zum anderen weil sie zu einer stärkeren Präsenz nationalkonservativer Parteien in Straßburg beitragen möchte. Dies zumal, weil die „Allianz der Konservativen und Reformer“, der die Europaabgeordneten von PiS bislang angehörten, mit dem Brexit und dem dadurch bedingten Verlust der in der Allianz stark vertretenen britischen Politiker stark geschwächt werden dürfte. Zudem bemühen sich Europas Nationalkonservative derzeit um eine neue Fraktion aus Vertretern der italienischen Lega Nord, des französischen Front Nationale, der deutschen AfD und Nationalisten aus weiteren europäischen Ländern, ein Prozess, der von Ewen Bannon, Trumps früherem Berater, tatkräftig vorangetrieben wird. Dieser im Entstehen befindlichen Bewegung könnte sich auch PiS anschließen.

Es ist zu erwarten, dass die Opposition in Polen ihren Europawahlkampf gezielt auf die Gefahr eines durch PiS drohenden Austritts Polens aus der EU ausrichten wird. An entsprechender Wahlkampfmunition mangelt es nicht, lassen sich doch zahlreiche Äußerungen führender PiS-Politiker zitieren, die diesen Verdacht erhärten. Aber betreiben Polens Nationalkonservative bei all ihrer gegenüber der EU feindlichen Rhetorik tatsächlich einen Polexit?

Im Vorfeld der Europawahlen sind Polens Nationalkonservative bestrebt, der Wahlkampfstrategie der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie bemüht sind, den Verdacht zu zerstreuen, man wolle die EU verlassen. Mit einem überraschenden politischen Schachzug hatte Premier Morawiecki im Sejm einen Misstrauensantrag gegen die eigene Regierung eingebracht, der natürlich mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, ihm aber die Gelegenheit bot, in seiner Regierungserklärung die Liebe zur EU zu betonen. Und der ein paar Tage später von PiS veranstaltete, der Vorbereitung der Europawahlen dienende Parteikongress fand dann auch unter dem Motto „Polen – das Herz Europas“ statt.

### **Der Skeptizismus der Nationalkonservativen gegen einen EU-Beitritt Polens**

Ist diese neuerlich zum Ausdruck gebrachte Liebe zu Europa bloße Augenwischerei? Ist sie gar das Anzeichen einer veränderten Europapolitik? Sie ist weder das eine noch das andere. Denn Polens Nationalkonservative differenzieren zwischen Europa und der Europäischen Union. Sie wehren sich dagegen, als Antieuropäer abgestempelt zu werden, halten sich vielmehr für die wahren Europäer, für Vertreter eines Europa, das auf christlichen Werten basiert und die nationale Souveränität jeden Landes respektiert. Weil dies ihrer Meinung nach nicht der Fall ist, erweise sich die EU in Wahrheit als Feind Europas.

Um diese Denkweise und Argumentation zu verdeutlichen, lohnt ein Blick in die Entstehungsgeschichte von „Recht und Gerechtigkeit“. Sie ist eng mit dem Zerfall der „Solidarność verbunden. Die von dem legendären Arbeiterführer Lech Wałęsa angeführte Gewerkschaft mit rund 10 Millionen Mitgliedern hatte das kommunistische System zu Fall gebracht. Doch nach gewonnener Freiheit zerfiel ihre durch den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus bedingte Einheit höchst unterschiedlicher politischer Kräfte. Gleichzeitig gelang es den sich zu Sozialdemokraten gewandelten Postkommunisten, sich zu konsolidieren. Sie übernahmen Mitte der 1990er Jahre sogar die Regierungsverantwortung und stellten mit Aleksander Kwaśniewski den Staatspräsidenten. Als Reaktion darauf kam es

zu einem erneuten Versuch, die liberalen, nationalkonservativen und nationalistischen Gruppierungen der Solidarność in der 1996 gegründeten „Wahlaktion Solidarność (AWS) zu bündeln. Sie gewann zwar 1997 gegen die Linke die Parlamentswahlen, zerbrach aber an den internen Gegensätzen, u. a. an der Frage einer Annäherung an die Europäische Union. Nutznießer diesen Zerfalls waren zwei 2001 gegründete Parteien, die in den kommenden Jahren das Schicksal Polens bestimmen sollten – die liberalkonservative „Bürgerplattform“ (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), als Sammelbecken nationalkonservativer Politiker der AWS.

In der Debatte um einen EU-Beitritt Polens nahm PiS von Beginn an eine skeptische Haltung ein. Die Nationalkonservativen befürchteten vor allem, im Falle eines EU-Beitritts könne die Souveränität Polens allzu sehr eingeschränkt werden. In diesem Sinne äußerte sich Lech Kaczyński im November 2001: „Ich repräsentiere eine Gruppe, die auf dem Standpunkt steht, dass die Beschränkung der Souveränität, und sei sie die geringste, ein schmerzlicher Preis ist, zumal für meine Generation, die um die volle Unabhängigkeit Polens gekämpft hat.“ Und er fügte hinzu: „Aber die Situation Europas und der Welt [...] zu Beginn des XXI. Jahrhunderts gebietet es, zur Union ja zu sagen. Die Union ist für Polen eine Chance, doch sie ist kein karitativer Klub. Um die Rechte in der Union, um die Bedingungen des EU-Beitritts muss man hart kämpfen.“

Das Zitat zeigt, wie stark unter den Nationalkonservativen nach der historischen Erfahrung eines über hundertjährigen Verlustes der Eigenstaatlichkeit und den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft die Idee einer nationalen, möglichst uneingeschränkten Unabhängigkeit verankert ist. Ihr Skeptizismus gegenüber der EU sowie die späteren Konflikte der PiS-Regierung mit ihr resultieren aus dem Zweifel, ob es möglich ist, als EU-Mitgliedsstaat ein Maximum an Unabhängigkeit wahren und Herr im eigenen Haus bleiben zu können.

Es ist dieses Zwar-Aber, das von Beginn an die Einstellung der Nationalkonservativen zur Europäischen Union bestimmt und in Übereinstimmung mit Polens Kirche ihr christliches Europaverständnis kennzeichnet. Wie Polens Bischöfe zeigen auch sie sich über die in den EU-Mitgliedstaaten fortschreitende Säkularisierung der Lebensstile irritiert und sehen in dem mit einem EU-Beitritt ihres Landes einhergehenden Prozess der Entkirchlichung die Gefahr eines Verlustes an nationaler Identität. Die Frage, die Primas Glemp 1995 während seines Londonaufenthaltes voller Skepsis in Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt Polens stellte, war auch ihre Frage: „Sollen wir einem imaginären Europa beitreten mit legalisierter Abtreibung, mit Verletzung der Prinzipien des Christentums, mit Geringschätzung von Ehe und Familie? Stehen derlei Bedingungen nicht im Widerspruch zu unserer Unabhängigkeit, zu unserer Identität.“<sup>16</sup>

## Deutlicher Rechtsruck der Nationalkonservativen

Ein Referendum sollte über den Beitritt Polens zur Europäischen Union entscheiden. Es fand im Juni 2003 statt. 77,45% der Wähler sprachen sich für eine Mitgliedschaft in der EU aus. Auch die Nationalkonservativen unter den beiden Kaczyńskis hatten, wenngleich nach internen Auseinandersetzungen und ohne Enthusiasmus, zugestimmt. Am 1. Mai 2005 wurde dann unter dem von Leszek Miller geführten Linksbündnis der Beitritt vollzogen. Er war aus Sicht der Nationalkonservativen mit einem Odium behaftet, weil nicht sie, sondern die Postkommunisten unter dem früheren ZK-Sekretär Miller die Polen in die EU geführt hatten. In Anspielung darauf hatte Lech Kaczyński bereits 2001 im Sejm gefragt: „Aufgrund welcher Prinzipien und im Namen welcher Ziele sollen wir Europa beitreten? Hier lässt sich eine Unterscheidung treffen nach denen, die dies im Interesse des ganzen Landes wollen, im Namen der Interessen der Nation. Man kann sich aber auch vorstellen, dass es Leute gibt, die in die Europäische Union aus ihren eigenen partikularen Interessen wollen, um ihre in Polen der 90er Jahre gründende Interessen zu verfestigen, und der EU-Beitritt verfestigt sie zweifellos.“ Im Klartext heißt das: Das Linksbündnis unter Miller strebt einen EU-Beitritt an, um mit Hilfe der EU ihre postkommunistische Position in der III. Republik abzusichern. Aus

<sup>16</sup> Kościół – Polska – Unia Europejska (Kirche – Polen – Europäische Union) Gliwice o. J., S. 3.

dieser durch nichts zu erhärtenden Auffassung resultiert die heutige Politik der Kaczyński-Partei und ihrer Regierung, die die III. Republik als postkommunistisch deklariert und daraus den Anspruch ableitet, mittels ihrer Politik des „guten Wandels“ diesen durch die EU mitverschuldeten Makel zu beseitigen.

Mit dem Beitritt Polens zur EU endete Millers Regierung. Eine Korruptionsaffäre hatte zu ihrem vorzeitigen Ende geführt. Miller trat am 2. Mai, einen Tag nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrages, zurück. Neuwahlen waren die Folge. Viele Polen hatten gehofft, dass aus ihnen eine stabile Koalitionsregierung aus der liberalkonservativen „Bürgerplattform“ (PO) und der nationalkonservativen Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hervorgehen würde, womit Polen wohl eine gänzlich andere Entwicklung genommen hätte. Doch die Koalitionsgespräche scheiterten. Daraufhin rückte PiS politisch weiter nach rechts und bildete mit der Liga der Polnischen Familie und der Bauernpartei „Selbstverteidigung“ eine Koalitionsregierung. Beide Gruppierungen, die heute von der politischen Bühne verschwunden sind, hatten ihren Anhängern empfohlen, beim Referendum mit „Nein“ zu stimmen.

Für Jarosław Kaczyński war diese Koalition eine zur Machtgewinnung erforderliche, jedoch höchst ungeliebte Notwendigkeit, der er sich baldmöglichst entledigen wollte. Indem er die gegenüber der EU feindliche Einstellung beider Parteien und die soziale Ausrichtung der „Selbstverteidigung“ programmatisch übernahm, machte er sie im Grunde überflüssig. Mit dem Scheitern der Koalition versanken denn auch beide Parteien in der Bedeutungslosigkeit. Und wieder sammelte PiS aus ihnen einzelne Politiker wie den nationalistischen und spezieller Kontakte zu Putins Russland verdächtigten Antoni Maceriewicz, der in der jetzigen PiS-Regierung zeitweise Verteidigungsminister war.

Die gleiche Strategie, mit Hilfe nationalistischer und EU-feindlicher Kräfte die absolute Mehrheit zu sichern, bestimmte auch die Regierungsbildung nach der von PiS gewonnenen Wahl vom Herbst 2015. So bekleidet Zbigniew Ziobro, Vorsitzender der nationalistischen Partei „Solidarisches Polen“, das Amt des Justizministers. Er ist verantwortlich für die Justizreform, mit der er die Unabhängigkeit des Gerichtswesens aufhob, so dass die für die Rechtsstaatlichkeit fundamentale Gewaltenteilung nicht mehr gewährleistet ist. Und damit hat er der PiS-Regierung den bislang schärfsten Konflikt mit der Europäischen Kommission beschert.

Ein weiterer Politiker mit einer stark europafeindlichen Einstellung ist Jacek Kurski, Mitbegründer von „Solidarisches Polen“. Er leitet heute als Direktor das Staatsfernsehen, das er rigoros in ein reines Propagandainstrument der Regierung umgewandelt hat. Dazu nur ein Beispiel: Als anlässlich der Trauerfeier des ermordeten Danziger Stadtpräsidenten Pawel Adamowicz der Dominikaner Ludwik Wiśniewski davon sprach, Lügner dürften kein politisches Amt ausüben, verweilte die Kamera auf dem Gesicht des früheren Premiers und jetzigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. Im Übrigen dient das Staatsfernsehen unter Kurski dazu, in der Bevölkerung gegen die Europäische Union Stimmung zu machen.

## Polen – ein Hemmschuh europäischer Integration

Dadurch, dass von Anfang an für die nationalkonservative PiS die Souveränität Polens oberste Priorität besaß, erwies sich die Partei und ihre Regierung als Hemmschuh einer vertieften Integration der Union. So äußerte sich Jarosław Kaczyński 2003 in der Sejmdebatte um die (letztlich am französischen Referendum gescheiterte) europäische Verfassung wie folgt: „Dies ist eine im Namen und auf der Basis einer bestimmten Ideologie formulierte Konstitution, einer antichristlichen Ideologie.“ Im Einzelnen führte er aus: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, welches die Stellung der Familie in dieser Konstitution ist. Nimmt man noch den durch bekannte Praktiken geschaffenen Kontext hinzu, z. B. homosexuelle Eheschließungen, dann gibt dies zu denken. Die Europäische Union dringt in Sphären wie Kultur und Erziehung ein. [...] Wenn wir auf Europa realistisch blicken, dann erkennen wir, wie dort die Mechanismen druckvoller Einflussnahme funktionieren, auch die der Käuflichkeit, einer Art Korruption. In wessen Namen sollen wir damit einverstanden sein? Hatten wir im Verlauf der letzten 270 oder 280 Jahre zu wenig Hegemonie? Ist uns dies gut bekommen? Ich weiß, dass es Polen gibt, die meinen, man könne die polnischen

Angelegenheiten von außen regeln, dass wir schlecht regieren. Das aber ist Ausdruck mangelnder Würde sowie extremer Dummheit und dazu noch historischer Unkenntnis.“

Auch wenn Jarosław Kaczyński mit der Angabe von „270 bis 280“ Jahren verlorener Selbständigkeit weit übertreibt, die historische Erfahrung des über ein Jahrhundert währenden Verlustes der Unabhängigkeit ist ein nationales Trauma, das von PiS zum eigenen Machterhalt bewusst bedient wird. In der von diesem Trauma bestimmten Perspektive ist dann auch die angeblich unter deutscher Dominanz stehende Europäische Union eine Hegemonie, die Polen unter den Vorgängerregierungen des Linksbündnisses wie der Bürgerplattform in die Knie gezwungen habe, von denen man sich jetzt unter der PiS-Regierung erhebe, um Brüssel und Berlin die Stirn zu bieten.

Zudem hat sich bei Kaczyński und seiner PiS im Einklang mit weiten Teilen der Kirche die Auffassung verfestigt, bei der Europäischen Union handele es sich um eine weitgehend antichristliche Organisation, in der für das nationalkatholische Polen eigentlich kein Platz ist. Den Einwand, dass schließlich weite Teile Europas von Christdemokraten regiert werden, ließ er nicht gelten und zog ganz nach Art der vorkonziliaren Traditionalisten deren Christlichkeit in Zweifel: „Christdemokraten – das waren ihre Vorgänger. Die kannten den Tridentinischen Ritus und beteten auf Latein.“

Auch der am 13. Dezember 2007 von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnete und zwei Jahre später ratifizierte Lissabonner Vertrag stieß bei den polnischen Nationalkonservativen auf Widerspruch. Zwar hatte ihm Präsident Lech Kaczyński trotz Bedenken seine Unterschrift gegeben, doch im Frühjahr 2008 machte er aus seiner Ablehnung des Vertrages kein Hehl. In einer Fernsehansprache betonte er, nicht alles, was in der Europäischen Union vor sich gehe, sei für Polen gut. Eingebildet bei seiner Ansprache war eine Karte Polens in den Vorkriegsgrenzen, also ohne die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Damit wurde suggeriert, Deutschland könne sie sich mit Hilfe der Union zurückholen. Und um den Widerspruch der EU zur katholischen Moralauffassung zu verdeutlichen, waren Bilder von homosexuellen Hochzeiten zu sehen. Dennoch wurde der Lissabonner Vertrag auch von Polen ratifiziert. Hier zeigt sich eine für PiS typische Handlungsweise: Man stimmt EU-Vereinbarungen zu, bezieht aber später zu ihnen eine negative Position und fühlt sich an ihre Verpflichtungen nicht gebunden. Es ist dies eine Strategie, mit der die Nationalkonservativen zwar innenpolitisch zu punkten wissen, sich aber immer wieder Konflikte mit der Europäischen Kommission einhandeln.

## Außenpolitische Alleingänge

Auf eine kurze Formel gebracht, lautet die Europapolitik der nationalkonservativen PiS und ihrer Regierung: Kein Austritt aus der EU, aber ein Polen ohne ihre Einflussnahme sowohl auf die Innen- wie auf die Außenpolitik des Landes. Während innenpolitisch die von der PiS-Regierung eigenmächtig durchgeführte Justizreform für einen ernsten, bislang ungelösten Konflikt mit der Europäischen Kommission sorgt, erregen ihre außenpolitischen Alleingänge weniger Aufmerksamkeit, doch auch sie zeigen, wie weit sich Polen von der Union entfernt. So verfolgt Warschau ein Drei-Meere-Projekt. Ziel ist nach Worten von Präsident Andrzej Duda die Schaffung eines „Mosaiks von Nationalstaaten zwischen Ostsee, Adriaküste und Schwarzem Meer“. Damit greift er auf ein in der mittelalterlichen Jagiellonen-Dynastie historisch vorgegebenes Projekt zurück, das – sollte es verwirklicht werden – Polen im Verein mit anderen Ländern Mitteleuropas ein Gegengewicht zu den westlichen EU-Staaten verleihen würde.

Anfänge zur Verwirklichung einer Föderation von Meer zu Meer sind bereits gemacht: Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, trafen sich im August 2016 im kroatischen Dubrovnik die Repräsentanten einer zwölf Staaten umfassenden „Drei-Meere-Initiative“. Mehr Aufmerksamkeit fand das zweite Gipfeltreffen dieser Art, das am 6./7. Juli 2017 in Warschau stattfand und mit dem Besuch von Präsident Donald Trump eine besondere Bedeutung erhielt.

Ein Versuch, unter polnischer Führung eine Föderation mitteleuropäischer Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu schaffen, wurde mit der Wiedergeburt Polens nach dem

Ersten Weltkrieg unternommen. Damals glaubte Józef Piłsudski, diesen Traum verwirklichen zu können. Er ließ nichts unversucht, im Ostseeraum wie auf dem Balkan entsprechende Bündnisse zu schmieden, scheiterte aber mit seinen Bemühungen. Mit dem Wahlsieg von PiS im Herbst 2015 ist nun, wie es scheint, der Drei-Meere-Traum zurückgekehrt. So versprach Außenminister Witold Waszczykowski bereits zu Beginn seiner Amtszeit, in den Ländern Mitteleuropas aktiv zu werden und ihnen deutlich die Gefahren vor Augen zu führen, „die uns erwarten, wenn wir uns nicht vereinen und solidarisch sind.“ Und Besuch und Rede von Donald Trump auf der jüngsten Drei-Meere-Initiative verliehen der Idee einen weiteren Auftrieb.

Ein im Widerspruch zur Politik der EU stehender Alleingang ist auch die Entscheidung der nationalkonservativen Regierung, dem Ersuchen von Präsident Trump nachzukommen und am 13./14. Februar in Warschau eine internationale Irankonferenz einzuberufen. Wie im Irakkrieg erweist sich auch hier Polen als Trojanisches Pferd amerikanischer Interessen. Denn nachdem Präsident Trump 2018 das unter Beteiligung der EU nach langwierigen Verhandlungen mit dem Iran abgeschlossene Nuklearabkommen gekündigt und die Sanktionen erneut in Kraft gesetzt hat, kann es an der Zielsetzung dieser Konferenz keinen Zweifel geben. Sie ist allein darauf ausgerichtet, mit Hilfe Warschauer mitteleuropäische Verbündete für eine verschärfte Antiiranpolitik zu gewinnen, die von der EU nicht geteilt wird.

Ein jüngstes Beispiel für die eigenmächtige, die Geschlossenheit der Union verletzende außenpolitische Initiative ist die von Außenminister Jacek Czaputowicz, mit der er den Versuch unternahm, die festgefahrenen Brexitverhandlungen durch einen Kompromissvorschlag einer Lösung näher zu bringen. Bekanntlich wird ein geordneter Brexit durch die Irlandfrage erschwert. Die Europäische Union verlangt in dem ausgehandelten Vertragswerk – auch aus friedenspolitischen Erwägungen - die Garantie, dass nach dem Austritt Großbritanniens aus der Union die Grenze zwischen Nordirland als Teil des britischen Königreiches und dem EU-Mitgliedstaat Irland offen bleibt, ohne Grenzkontrollen und ohne Schlagbäume, was die britischen Brexitbefürworter indes ablehnen. Mit seinem Vorstoß, diesen sogenannten Backstop auf fünf Jahre zu begrenzen, kommt Czaputowicz somit der Lösung dieser Frage um keinen Schritt näher, liefert aber mit seinem Vorschlag einen weiteren Beweis polnischer Außenpolitik, die sich um Brüsseler Beschlüsse nicht sonderlich schert, aber in der Union Verärgerung schafft und Polen zunehmend in der Gemeinschaft isoliert.

## Vorerst kein Polexit

Das einzige, was Polen in der EU hält, ist die finanzielle Förderung, die das Land aus Mitteln der Union erfährt. Im Übrigen hat kein EU-Mitgliedstaat bislang mehr von der Union profitiert als Polen. So sagte denn auch Jarosław Kaczyński im Herbst letzten Jahres in Hinblick auf diese Förderung auf einem Parteikonvent: „Wenn es sich um das Lebensniveau handelt, dann ist dies der kürzeste Weg, Gleichheit zu erreichen.“ Dabei ist er überzeugt, es sei nur recht und billig, dass Polen diese Hilfe erhalte, nachdem die Westalliierten Polen das Nachkriegsschicksal hinter dem Eisernen Vorhang beschert haben. Auch die derzeit neu aufflammende Debatte in Polen um deutsche Reparationsleistungen für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie findet kaum zufällig zu einem Zeitpunkt statt, an dem in Brüssel über den neuen EU-Haushalt beraten wird und damit über die künftige Verteilung der Fördermittel. Weil die deutsche Bundesrepublik erwartungsgemäß den größten Beitrag aufzubringen hat und in den Verhandlungen daher ein besonderes Gewicht besitzt, wirken die Reparationsforderungen wie ein Wink mit dem Zaunpfahl, Polen in gewohnter Weise die Mittel zukommen zu lassen. Denn dass am Ende Deutschland an Polen Reparationszahlungen leisten wird, dürfte Polens Regierung selbst kaum glauben.

Dass letztendlich die begehrte finanzielle Förderung der Grund ist, warum Kaczyński und seine Partei die Mitgliedschaft in der Union nicht aufkündigen, zeigt ein Vorgang aus jüngster Zeit: Wegen der Verletzungen der Rechtstaatlichkeit ist beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen Polen anhängig. Das Urteil wird für den März erwartet und würde damit in die heiße Phase des Wahlkampfes um die Sitze im Europaparlament fallen, was sich

möglicherweise für die Nationalkonservativen nachteilig auswirken könnte. Doch vor allem um drohende finanzielle Sanktionen abzuwehren, entschloss sich die PiS-Regierung zu einem Teilrückzug ihrer im Rahmen der Justizreform gefassten Beschlüsse. Die von der rechtswidrig verfügten Zwangsemeritierung betroffenen Richter des Obersten Gerichts durften an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Angst vor einer möglichen Kürzung der Fördergelder zeigte Wirkung. Man würde sich wünschen, dass dieses Instrument des Öfteren genutzt wird, um unser Nachbarland vor einem Abgleiten in ein autoritäres, wenn nicht diktatorisches System zu bewahren.

Fazit: Solange die Gelder aus Brüssel fließen, wird es keinen Polesxit geben.

Quelle: Andrzej Stankiewicz, Polesxit: Raczej nie (Polesxit: Eher nicht), Tygodnik Powszechny v. 06.01.2019, S. 24-27. Die nicht nummerierten Zitate sind Teil dieses Beitrags.